

Aufzeichnungen von Egon Bahr über die Unterzeichnung eines Grundlagenvertrages (Bonn, 28. September 1972)

Quelle: SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.). Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1972. Band II: 1. Juni bis 30. September. München: R. Oldenbourg Verlag, 2003. ISBN 3-486-56640-7. "Aufzeichnung des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt", p. 1414-1415.

Urheberrecht: Pour TE 04443 : © 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Pour LC 01793 : Quelle: WBA, A 8 Bundeskanzler, 57

URL:

http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnungen_von_egon_bahr_uber_die_unterzeichnung_eines_grundlagenvertrages_bonn_28_september_1972-de-7e992544-34ef-4b1b-becd-75cf07b38036.html

Publication date: 03/07/2015

Aufzeichnung des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt 28. September 1972

Streng vertraulich!

Nur für Herrn Bundeskanzler¹, Herrn BM Scheel

Herr Kohl hat mir am 27.9. folgendes von Herrn Honecker übermittelt: Die DDR sei weiterhin bereit, mit der gegenwärtigen Bundesregierung einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen vor der Wahl² zu schließen. Der Erste Sekretär erinnert daran, daß der Verkehrsvertrag so ausgestaltet werden konnte durch das Entgegenkommen der DDR, daß er selbst die Zustimmung der CDU finden mußte.³ Es war ihr praktisch unmöglich, nein zu sagen.

Die jetzigen Vertragsverhandlungen gehen in ihrer Bedeutung weit über den Verkehrsvertrag hinaus. Es wird nicht verhehlt, daß dieser Vertrag auch Vorteile für die DDR bringen würde. Allerdings handle es sich um Dinge, die sie ohnehin bekommen würde und die im Grunde genommen bereits im Moskauer Vertrag enthalten waren. Dieser Vertrag sei ratifiziert und damit auch die entscheidende Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen bis zur Anerkennung der Gleichberechtigung.

Die DDR sei bereit, ähnlich wie im Verkehrsvertrag entgegenzukommen. Sie sei zu einem ausführlichen Zusatzprotokoll, sogar über einen Briefwechsel über Familienzusammenführung und weitere Reiseerleichterungen, bereit. Dies sei eine „Morgengabe“, die man unter den bekannten Aspekten der gegenwärtigen Situation jetzt zu geben bereit sei. Von Herrn Erhard hätte man für weniger noch einige Milliarden bekommen. Dies sei keine Dichtung, sondern vielleicht in den Archiven nachprüfbare Wahrheit.

Man habe keine Neigung, die Erörterungen über den Vertrag und die „Morgengabe“ sowohl durch den Verhandlungsführer wie durch Mitglieder der Delegation in kleinliche Erörterungen und Rückwärtsbewegungen ausarten zu lassen. Es stelle sich bei dieser Verhandlungsart die Frage, ob die Bundesregierung den Vertrag überhaupt noch wolle.

Man habe schließlich auch im Interesse der Bundesregierung und nicht etwa des Senats einen Vorschlag von Herrn Bahr aufgegriffen und sei bereit, das Problem der Sofortbesuche zu lösen.⁴ Es werde nicht ausgeschlossen, etwas ähnliches auch für Bevölkerungskreise der BRD einzuführen, wenn sich die Dinge in Berlin bewähren. Diese Prüfungen sind gestoppt. Ob es möglich ist, darauf zurückzukommen, liegt an der Entwicklung, d.h., daß endlich auch die BRD ein konstruktives und entgegenkommendes Verhalten in den Verhandlungen zu erkennen gibt.

Kohl erklärte am 28.9. zusätzlich von Honecker: Beide Staaten seien für Frieden und Entspannung in Europa. Insofern gebe es eine Interessengleichheit. Was bisher erreicht wurde, ist auch der Bundesregierung zuzuschreiben. Nicht ohne Grund sei dies in dem Kommuniké nach dem Krim Treffen⁵ geschehen.

Die Normalisierung sei möglich, unbeschadet der gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen. Wenn man von den Gegebenheiten ausgehe, die souveräne Gleichheit achte, könne man Verständnis für die Situation der Bundesregierung durch die DDR erwarten.

Ich habe Kohl Übermittlung zugesagt und darauf hingewiesen, daß am 29.9. der gesamte Stand der Verhandlungen in einem internen Kreis in Bonn beraten werde.⁶

Es werde davon abhängen, ob wir unsere Vorschläge modifizieren könnten. Er erklärte, daß ein positives Zeichen von der DDR mit der Einführung der mir erläuterten Besuchsregelung in Berlin beantwortet würde.

Bahr

1 Hat Bundeskanzler Brandt am 29. September 1972 vorgelegen.

2 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 19. November 1972 statt.

3 Zum Ergebnis der Abstimmung im Bundestag am 22. September 1972 über den Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 vgl.

Dok. 263, Anm. 35.

4 Vgl. dazu die Ausführungen des Staatssekretärs beim Ministerrat der DDR, Kohl, in den Vier-Augen-Gesprächen vom 26. bis 28. September 1972 in Ost Berlin; Dok, 298.

5 Zum Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 2. August 1972 über das Treffen der Ersten Sekretäre bzw. der Generalsekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der Warschauer-Pakt-Staaten am 31. Juli 1972 auf der Krim vgl. Dok. 218, Anm.4.

6 Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Brandt mit den Bundesministern Scheel und Genscher am 29. September sowie Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, am 3. Oktober 1972 vgl. Dok. 302, besonders Anm. 1, und Dok. 309.

Bahr Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Bahr, Box 445